

*Wolff, Richard J./ Hoensch, Jörg K. (Hrsg.): Catholics, the State, and the European Radical Right, 1919–1945.*

Social Science Monographs, Boulder; Atlantic Research and Publications, Highland Lakes, N. J. 1987, 257 S.

Ein seltenes Beispiel von internationaler Zusammenarbeit ist den beiden Herausgebern dieses Bandes gelungen, indem sie für ihr Unternehmen Autoren aus fünf Ländern gewinnen konnten, ohne daß dabei die Kohärenz ihres Sammelbandes Schaden erlitten hätte. Die ist um so beachtenswerter, als es sich um ein bekanntlich recht schwer erfaßbares Thema handelt. In der offensichtlichen Absicht, ein definitorisches Labyrinth zu meiden, gaben sich die Herausgeber mit einer einfachen Formulierung ihrer Absicht zufrieden: "This volume, which attempts to explore the interaction among the clergy – primarily the Catholic clergy – Catholic political and social

movements, includes essays only on the countries in which the radical Right actually gained control of the organs of government“ (S. 9). Anstatt sich auf komplexe Diskussionen von Begriffsbestimmungen einzulassen, werden hier die historischen Umfelder zu der gegebenen Themenstellung in einzelnen länderspezifischen Beiträgen umrissen, nämlich über Österreich, Kroatien, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Slowakei, Spanien und schließlich den Vatikan. Übersichtlich strukturiert, aufeinander abgestimmt und wohlinformiert bieten die einzelnen Beiträge klare Auskünfte über klare Tatbestände und vermitteln darüber hinaus eine hervorragende Grundlage für künftige vergleichende Untersuchungen.

Während sich also dieser Band nur am Rande mit den definitorischen Fragen zum Bereich der politischen „Rechten“, des „radikalen Rechten“, des „Faschismus“ oder „Proto-Faschismus“ beschäftigt suchen die Autoren einzelner Beiträge sehr sorgfältig im Bereich des Katholizismus zu differenzieren. Es gelingt ihnen durchgehend, den populären Begriff des „Klerikal-Faschismus“ als unbrauchbar zu enthüllen, ebenso wie die Diskussion der Frage nach der Haltung der „Katholischen Kirche“ zum Faschismus bzw. Nationalsozialismus um differenzierende und vergleichende Perspektiven zu bereichern: „The fact remains, however, that in many nations, Catholic clergymen and laymen did oppose fascism and, too often, these elements of the church have been overlooked as historians have focused on the Vatican and the hierarchies“ (S. 225). Im unterschiedlichen Maße und am schwächsten im Falle der Slowakei, Kroatien und zu einem gewissen Grade in Spanien ausgeprägt, konnten Indizien für liberale politische Werthaltungen überall, zumindest an Segmenten der katholischen Gläubigen und Würdenträger, dokumentiert werden. Zwar konnten alle Autoren in den katholischen Kreisen verbreitete Tendenzen zu autoritären und ständestaatlich orientierten politischen Werthaltungen in der Zwischenkriegszeit feststellen; in ihren konkreten politischen Auswirkungen äußerten sich diese Wertvorstellungen von Gesellschaft zu Gesellschaft aber durchaus unterschiedlich.

Der slowakische Katholizismus, wie schon oben erwähnt, weist, entsprechend den vorliegenden Untersuchungen, gemeinsam mit dem kroatischen die am schwächsten ausgeprägten liberalen politischen Haltungen auf. Im Unterschied zu Kroatien, wo immerhin klare Bemühungen zur Abgrenzung zwischen kirchlichen und politischen Organisationen feststellbar sind, herrschte in der Slowakei eine hohe Identifizierung von beiden, was vielleicht dazu führte, daß sich einerseits die katholische Kirche in der Slowakei weniger an unmittelbaren verbrecherischen Aktivitäten in der Kriegszeit beteiligt hat – wenn man zunächst vom Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung absieht –, daß gleichzeitig jedoch auch oppositionelle Haltungen gegenüber der politischen Führung schwächer ausgeprägt waren. Im Vergleich mit allen hier untersuchten Ländern weist sowohl die katholische Hierarchie als auch die Laienbevölkerung in der Slowakei einen überaus hohen Grad an politischer Homogenität auf, wenn man von den mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden rechtsextremistischen Gruppierungen absieht. Die Erklärung dafür ist vielleicht unter anderem auch in der politischen Unerfahrenheit zu suchen, die Jörg K. Hoensch als Autor der Abhandlung unter dem Titel „Slovakia: ‘One God, One People, One Party!’: The Development, Aim, and Failure of Political Catholicism“ anspricht, ohne jedoch selbst auf die Implikationen seiner Feststellung im einzelnen einzugehen.

Die stark charismatische Führung Andrej Hlinkas in der Vorkriegszeit der slowakischen katholischen Volkspartei, die zentrale Stellung des katholischen konservativen Flügels unter der Führung von Hlinkas Nachfolger Jozef Tiso und der slowakische Nationalismus als das zentrale politische Anliegen der Partei seit ihrer Gründung lassen die Partei als eine Sammelbewegung ohne ausgeprägte innenpolitisch orientierte Perspektiven erscheinen. Die engen Verflechtungen zwischen der Partei und der katholischen Kirche schwächten zusätzlich die im selbständigen Slowakischen Staat vorhandenen Grundlagen einer potentiellen Kontrolle der Regierung, wie sie etwa die im Vergleich relativ unabhängige Kirchenorganisation in Kroatien nützen konnte. Leider vermochte allerdings auch diese vergleichende Perspektive kein neues Licht auf die nach wie vor ungeklärte zentrale Frage in der Geschichte der Slowakischen Republik und ihrer katholischen politischen Staatsführung zu werfen, nämlich, wie die überraschend eilige, tragische Entscheidung der slowakischen Autoritäten zu den Massendeportationen der slowakischen Juden in die polnischen Vernichtungslager von August 1940 zu erklären sei.

Was allerdings aus dem Vergleich deutlich hervorgeht, ist die Feststellung, daß überall – und so auch in der Slowakei – die einheimischen „faschistoiden“ katholischen Kreise, um mit einem weiteren Begriff das definitorische Labyrinth zu bereichern, der ihnen vom Dritten Reich aufgetragenen Behandlung der jüdischen Bevölkerung früher oder später und mit besseren oder schlechteren Ergebnissen ablehnend gegenüberstanden. So wie die politischen Haltungen der katholischen Würdenträger und Laien nicht nur von Land zu Land und von Gruppe zu Gruppe differenziert betrachtet werden müssen, wie die vorliegende Studie unabweisbar dokumentiert, so zeigt sie aber auch die Notwendigkeit, zwischen einzelnen faschistischen Gruppierungen so sorgfältig zu unterscheiden und sie vom deutschen Nationalsozialismus so klar abzusetzen, wie es heute in Betrachtung einzelner linker Parteien und Gruppierungen üblich ist. Autoritäre, ständestaatliche und anti-liberale Gesellschaftsvorstellungen waren offensichtlich der gemeinsame Nenner für signifikante Segmente der Bevölkerung in allen hier untersuchten Ländern: die Gründe dafür bleiben jedoch nach wie vor eine offene Herausforderung für Historiker und Sozialwissenschaftler.